

Regierungsratsbeschluss

vom 16. Dezember 2003

Nr. 2003/2386

Richteramt Olten–Gösgen: Reorganisationsprojekt – Kenntnisnahme vom Schlussbericht des Projektausschusses

1. Erwägungen

- 1.1 Im Anschluss an eine gesamtschweizerische Umfrage des Beobachters, in welcher die Dienstleistungsqualität von Bezirks- und Obergerichten untersucht wurde, hat der Regierungsrat mit RRB Nr. 1885 vom 11. September 2001 eine Arbeitsgruppe zur Ueberprüfung des Richteramtes Olten–Gösgen (AGROG) eingesetzt. Zur Vornahme der erforderlichen Abklärungen wurde lic.iur. Lukas Fässler, Rechtsanwalt und Informatikexperte, Zug, als externer Experte zugezogen. In seinem Bericht vom 31. Dezember 2001 stellte der Experte fest, dass die Unabhängigkeit des Richteramtes Olten–Gösgen sowie dessen juristische Facharbeit zu keinen Beanstandungen Anlass gibt. Hingegen stellte der Experte am Richteramt Olten–Gösgen schwerwiegende Schwachstellen fest. Im Bericht werden unter den drei Oberbegriffen "Aufbauorganisation", "Ablauforganisation" und "Personal" die Schwachstellen und die Massnahmen (mit Priorisierung) detailliert dargestellt. Die AGROG hat an der Sitzung vom 29. Januar 2002 vom Bericht Kenntnis genommen und zuhanden des Regierungsrates die erforderlichen Anträge gestellt.
- 1.2 Mit RRB Nr. 355 vom 25. Februar 2002 hat der Regierungsrat vom Bericht des Experten Kenntnis genommen und zur Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen mit dem Hauptauftrag, das Richteramt Olten–Gösgen hinsichtlich Aufbau- und Ablauforganisation sowie Informationswesen zu reorganisieren, eine Projektorganisation mit Projektausschuss (Vorsitz: Justizdirektor Walter Straumann, Regierungsrat) und Projektleitung eingesetzt. Das Bau- und Justizdepartement wurde ermächtigt, Lukas Fässler als Experten (externen Projektleiter, Projekt–Coach) zuzuziehen. Mit Vereinbarung vom 15./19. April 2002 erteilte das Bau- und Justizdepartement dem Experten den entsprechenden Auftrag.
- 1.3 Im Projektplan (Version 1.1 vom 15. Februar 2002) wurden das Vorgehen für das Reorganisationsprojekt und die Zielsetzungen in den einzelnen Realisierungsphasen und Teilprojekten festgelegt. Die Projektarbeiten wurden in 4 Realisierungsphasen aufgeteilt, nämlich: Initialisierung (1. April bis 30. Mai 2002), Grobkonzeption und Analyse (1. Juni bis 31. August 2002), Detailkonzeption mit SOLL–Vorgaben (1. September bis 31. Dezember 2002) und Umsetzung und Einführung (1. Januar bis 30. Juni 2003). Entsprechend diesem Projektplan wurden die Projektarbeiten anfangs April 2002 anhand genommen.
- 1.4 Im Verlaufe der dritten Realisierungsphase hat der Projektausschuss den Regierungsrat über die Ergebnisse der ersten beiden Realisierungsphasen sowie über die Zielsetzungen der

laufenden und kommenden Projektarbeiten informiert. Vom entsprechenden Zwischenbericht (vom 27. November 2002) des Projektausschusses hat der Regierungsrat mit RRB Nr. 2467 vom 9. Dezember 2002 Kenntnis genommen.

- 1.5 Nach Abschluss der letzten Realisierungsphase des Reorganisationsprojektes (Ende Juni 2003) und nach Durchführung einer Umfrage bei den Anwälten (im September und Oktober 2003) sollen nun der Regierungsrat und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse in den Realisierungsphasen, insbesondere in den Phasen 3 und 4, sowie über die Ergebnisse der Umfrage informiert werden. Der Projektausschuss legt deshalb den im November 2003 (im Zirkulationsverfahren beschlossenen) Schlussbericht zur Kenntnisnahme vor. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Projektarbeiten planmässig verlaufen und erste Verbesserungen bereits messbar sind. Im Vergleich zum 2002 sind im laufenden Jahr bisher etwas gleich viele Verfahren beim Richteramt Olten-Gösigen eingegangen, es wurden aber rund 20% mehr Verfahren erledigt. Damit konnte die Zahl hängiger Verfahren um rund 20% reduziert werden. In den kommenden Monaten müssen die neu eingeführten Prozesse und Hilfsmittel gefestigt und aufgrund der Erfahrungen laufend weiterentwickelt werden, damit im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses die gewünschte Nachhaltigkeit der Massnahmen erreicht wird. Zur Unterstützung dieses Verbesserungsprozesses ist vorläufig auch der Projektausschuss weiter bestehen zu lassen. Er soll bei Bedarf situativ und rasch die erforderliche Unterstützung gewähren und allenfalls nötige Massnahmen in die Wege leiten können. Auf Ende 2003 scheidet Dr. Franz Burki, Obergerichtspräsident, und Barbara Hunkeler, geschäftsleitende Gerichtspräsidentin, Richteramt Olten-Gösigen, aus dem Projektausschuss aus. Per 1. Januar 2004 soll Eva Berset, als neue geschäftsleitende Gerichtspräsidentin am Richteramt Olten-Gösigen im Projektausschuss Einsitz nehmen.

2. Beschluss

- 2.1 Vom Schlussbericht (vom November 2003) des Projektausschusses des Reorganisationsprojektes am Richteramt Olten-Gösigen wird Kenntnis genommen.
- 2.2 Der Projektausschuss für das Reorganisationsprojekt am Richteramt Olten-Gösigen bleibt vorläufig weiter im Einsatz zur Unterstützung und Begleitung des Verbesserungsprozesses am Richteramt Olten-Gösigen. Nach Vorliegen des Berichtes des Richteramtes Olten-Gösigen zum Stand der Erfüllung des Leistungsauftrages mit dem Bau- und Justizdepartement (per 31. Dezember 2004) stellt der Projektausschuss dem Regierungsrat Antrag über seinen weiteren Bestand.
- 2.3 Die Demissionen von Dr. Franz Burki, Obergerichtspräsident, und Barbara Hunkeler, Gerichtspräsidentin, Richteramt Olten-Gösigen, aus dem Projektausschuss auf Ende Dezember 2003 werden genehmigt und die geleisteten Dienste bestens verdankt. Per 1. Januar 2004 nimmt Eva Berset, (ab 1. Januar 2004) geschäftsleitende Gerichtspräsidentin am Richteramt Olten-Gösigen, als neues Mitglied Einsitz im Projektausschuss.



Dr. Konrad Schwaller
Staatschreiber

Beilage

Schlussbericht vom November 2003

Verteiler

Regierungsrat

Bau- und Justizdepartement (2)

Amt für Justiz (3, FF)

Mitglieder Projektausschuss (10, Versand durch Amt für Justiz)

Richteramt Olten-Gösgen. Schmelzihof, 4710 Balsthal

Obergericht

Gerichtskonferenz, p.A. Marcel Kamber, Präsident, Richteramt Bucheggberg-Wasseramt

Kantonale Finanzkontrolle

Justizkommission des Kantonsrates (16)